

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Verwaltungs- und Finanzausschusses

vom 30.03.2023

**Sitzung:** Öffentlich

**Beginn:** 18:02 Uhr

**Ende:** 18:53 Uhr

**Zahl der Mitglieder des Verwaltungs- und Finanzausschusses:** 12

**Anwesend:** Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender

und 11 Mitglieder

**Anwesend:**

StR Degler (ab 18.33 Uhr)

StR Dyken

StR Franke

StR Härtner

StR Häußler

StR'in Kutteroff

StR Lachenmaier

StR'in Lohrmann

StR'in Ribbeck

StR Scheib (ab 18.10 Uhr)

StR'in Dr. Ulfert

**Abwesend:**

StR'in Klinghoffer

StR Malcher

**Außerdem anwesend:**

Frau Caspari

Herr Ellrott

Herr Mäule

Frau Steinicke

Herr Ulver

Herr Zipf

## Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister  
Friedrich:**

**Für den Ausschuss:**

**Schriftführer:**

# Tagesordnung

- § 7 Initiative zur Belebung der Innenstadt "Straßen-Musik-Tage 2023"
- § 8 Anhebung der Planstellen für Beamte im gehobenen Dienst
- § 9 Fahrkostenzuschuss für Deutschland-Ticket als Jobticket

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse <b>des Verwaltungs- und Finanzausschusses</b>  am 30. März 2023  <b>- Öffentlich -</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender  und 11 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

## § 7

### Initiative zur Belebung der Innenstadt "Straßen-Musik-Tage 2023"

Der Vorsitzende führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein und betont, dass der Wunsch nach weiteren kulturellen Veranstaltungen zur Belebung der Innenstadt aus der Mitte des Gemeinderats gekommen sei.

Herr Ellrott stellt die Planung anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor:

Es ist der Wunsch und die Intension von Gemeinderäten, Einzelhandel und Gastronomie durch Veranstaltungen und Pop-up-Events die Innenstadt zu beleben und die Besucher-Frequenz zu erhöhen. Daher hat das Eventteam des Kultur- und Sportamts die „Straßen-Musik-Tage“ konzipiert:

Im Zeitraum vom 27.07.2023 bis 07.09.2023 wird die Backnanger Innenstadt durch regelmäßige kleinere Veranstaltungen nachhaltig belebt. Hierfür werden im Rahmen der „Straßen-Musik-Tage“ immer donnerstags zwischen 18 und 22 Uhr auf wechselnden Plätzen lokale Live-Musik-Künstler präsentiert.

Mit dieser Art „After-Work“-Charakter sollen Besucherinnen und Besucher in die Innenstadt zum gemütlichen Verweilen eingeladen werden. Durch die regelmäßige Wiederholung der Veranstaltung in den Sommerwochen sollen nicht nur punktuell mehr Menschen in die Innenstadt gelockt, sondern langfristig für einen Besuch motiviert werden.

Die bespielten Plätze sind so gewählt, dass auch die lokale Gastronomie von der Veranstaltungsreihe profitiert. Besondere Getränke und Speisen können an dem jeweiligen Tag über Verkaufsstände (Pop-up-Stände) angeboten werden. Umfassende Marketingmaßnahmen mit eigenem Plakat, Programmflyer, Bühnenbanner und Beiträge auf den Social-Media-Seiten weisen im Vorfeld auf die Veranstaltungsreihe hin.

Vor allem regionale Künstler präsentieren Live-Musik aus den Genres Pop, Soul und Rock in

einem akustischen Kleid. Hierbei wird besonderer Wert darauf gelegt, dass die Beschallung in den erlaubten Grenzen erfolgt und kein Konzert-Charakter entsteht.

In einer gemeinsamen Gesprächsrunde mit den örtlichen Gastronomen wurde das Konzept vorbesprochen und entsprechend als gut und dessen Durchführung als wünschenswert befunden.

### Vorläufige Programmübersicht

Datum	Standort	Künstler	Gastronomie
27.07.	Willy-Brandt-Platz	Lay Down Layla	Tante Emma, daswohnzimmer musicbar
03.08.	Grabenstraße / vor Müller	BenJakob	Eiscafé Portofino, Brasserie, City Kebap
10.08.	Am Obstmarkt / Volksbank	Biggi Binder	Ristorante Filippo, Café Mildenberger, Café Weller
17.08.	Marktplatz	Didi Weiß	Kunberger, Lille Bøenne
24.08.	Rathaus / Gänsebrunnen	Marcel Galos	Gasthaus Löwen, Eiscafe Dolomiti, Storchen, Onkel Ali
31.08.	Aspacher Brücke	Dieter Voral	Nena's, Joe Peña's
07.09.	Am Obstmarkt / KSK	Selina Aladar	Coffee Fancy, Café Weller, An Sibin Irish Pub

### Kostenkalkulation

<b><u>Ausgaben (brutto)</u></b>	
Marketing	2.000 €
Gagen / Künstler	7.500 €
Infrastruktur	3.500 €
Personal / Security	3.500 €
Technik	4.500 €
GEMA, KSK	1.000 €

<b>Summe</b>	<b>22.000 €</b>
<b><u>Einnahmen</u></b>	
Anzeigen im Programm-Flyer	1.000 €
Sponsoring	1.000 €
<b>Summe</b>	<b>2.000 €</b>
<b>Defizit</b>	<b>20.000€</b>

Die im Haushalt für das Murr-Spektakel zur Verfügung gestellten Mittel sollen in Höhe von 20.000 Euro in die Belebung der Innenstadt durch die „Straßen-Musik-Tage“ fließen.

Herr Ellrott erläutert, dass die Veranstaltungen keinen Eintritt kosten und der Baubetriebshof die mobile Bühne jeweils auf- und wieder abbauen werde. Das Defizit belaufe sich auf 20.000 €, womit für eine Veranstaltung knapp 3.000 € an Kosten anfallen.

Stadtrat Scheib tritt ein.

Stadtrat Franke ergänzt, dass man sich dafür entschieden habe, das Murrspektakel nicht durchzuführen, sondern mehrere kleine Veranstaltungen, anstatt einer großen Veranstaltung anzubieten. Er lobt die Planung und die tollen Ideen vom Kultur- und Sportamt.

Stadträtin Dr. Ulfert bittet um eine detailliertere Übersicht der Veranstaltungen. Sie finde die Idee der Belebung der Innenstadt gut und sei gespannt auf die Resonanzen der Besucher, da bereits der Kultursommer sehr gut angenommen wurde. Sie erkundigt sich nach den Kosten des Baubetriebshofs und wo diese enthalten seien. Ebenso erwähnt sie, dass man durch den Entfall des Murrspektakels einiges an Geld gespart habe.

Herr Ellrott führt aus, dass die Kosten für Anschaffungen aus dem Etat kommen, die Arbeitszeit des Baubetriebshofs intern verrechnet werde und daher nicht in den Kosten auftauche. Dies gelte auch für die Personalkosten des Kultur- und Sportamts.

Stadtrat Härtner ergänzt, dass die Rietenauer Bühne auch an verschiedenen Plätzen gespielt habe und dies positiv angekommen sei. Er schlägt vor, wegen des heißen Wetters temporär einen Springbrunnen aufzubauen, der durch das THW betrieben werden könne. Er fragt nach, ob das Stadtmarketing wegen der Sponsorensuche in das Projekt eingebunden werde.

Herr Ellrott erklärt, dass die Sponsorengelder niedrig kalkuliert wurden, da man auf diese bereits am Straßenfest angewiesen sei und man die Unterstützung der lokalen Wirtschaft nicht überstrapazieren wolle.

Stadtrat Degler tritt ein.

Stadträtin Ribbeck äußert sich positiv über das geplante Projekt, zeigt sich aber angesichts der Lautstärke wegen der Anwohner besorgt. Sie fragt nach, ob diese vorab informiert werden. Sie regt an, für die Zukunft auch mit klassischer Musik zu planen bzw. verschiedene Genres zu berücksichtigen.

Herr Ellrott erläutert, dass es Auflagen vom Rechts- und Ordnungsamt gebe, die vorschreiben, dass 65 Dezibel an Lautstärke nicht überschritten werden dürfen. Gespräche mit den Anwohnern werden rechtzeitig geführt. Die Anregung, nächstes Mal auch klassische Musik aufzunehmen, begrüße er.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss

beschließt

einstimmig:

1. Das Gremium beschließt als Initiative zur Belebung der Innenstadt, das Projekt „Straßen-Musik-Tage“ im Sommer 2023 im Zeitraum vom 27.07.2023 bis 07.09.2023 zu veranstalten.
2. Das Gremium stimmt zu, dass die im Haushalt bereitgestellten Mitteln für das Murr-Spektakel entsprechend der Vorlage verausgabt werden.

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse <b>des Verwaltungs- und Finanzausschusses</b>  am 30. März 2023  <b>- Öffentlich -</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender  und 11 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

## § 8

### Anhebung der Planstellen für Beamte im gehobenen Dienst

Herr Mäule erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage:

Mit der am 1. Dezember 2022 in Kraft getretenen Besoldungsreform Baden-Württemberg wurden die Dienstposten der Beamten im mittleren Dienst um jeweils eine Stufe angehoben (von A7 auf A8, A8 auf A9, A9 auf A10). Zusätzlich wurde das Eingangsamt im gehobenen Dienst von A9 auf A10 angehoben.

In der Praxis führt dies nunmehr dazu, dass der Wertigkeitsabstand bezüglich der wahrzunehmenden Aufgaben der bisherigen Dienstposten im gehobenen Dienst der Besoldungsgruppe A10 zu den Stellen im mittleren Dienst erheblich reduziert wurde.

Als Dienstherr kann die Stadtverwaltung Backnang das gesetzliche Abstandgebot zwischen den genannten Besoldungsgruppen nicht mehr gewährleisten. Um das Abstandsgebot sicherzustellen, ist vorgesehen, die Planstellen von A10 auf A11 anzuheben.

Die aktuellen Stellen der Besoldungsgruppe A11 werden anhand ihres Anforderungsprofils durch die städtische Stellenbewertungskommission unter der Beteiligung der Gemeindeprüfungsanstalt im Hinblick auf das Abstandsgebot einzeln überprüft.

Der Stellenplan 2022 wird entsprechend fortgeschrieben. Mit der Fortschreibung sind jährliche Mehrkosten von 37.000,- Euro verbunden.

Stadtrat Härtner stimmt zu, dass der Grundgedanke nachvollziehbar sei, er die Argumentation aber nicht schlüssig finde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Führungspositionen immer seltener adäquat besetzt werden können. Das Abstandsgebot sage nichts über die Entscheidungsbefugnis aus.

Stadträtin Lohrmann kritisiert die Besoldungsreform und deren Umsetzung und möchte wissen, ob der Abstand zwischen A11 und A12 gewahrt werde.

Stadträtin Kutteroff bittet um eine kurze Erklärung der Beamtenlaufbahn.

Herr Mäule erläutert die Beamtenlaufbahn, insbesondere die Eingangsbesoldung, die bei der heutigen Abstimmung entscheidend sei sowie die Aufgabe des Gemeinderats beim Stellenplan.

Stadtrat Franke stimmt zu, dass gute Mitarbeiter auch eine angemessene Besoldung erhalten sollen. Das Abstandsgebot solle erhalten bleiben. Der Übergang vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst sollte mehr Anreize bieten können.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss

beschließt

einstimmig bei einer Enthaltung:

Zur Sicherstellung des gesetzlichen Abstandsgebots bei den Dienstposten der Beamten im gehobenen Dienst werden die Planstellen A10 dauerhaft in A11 im Stellenplan fortgeschrieben.

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse <b>des Verwaltungs- und Finanzausschusses</b>  am 30. März 2023  <b>- Öffentlich -</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender  und 11 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

## § 9

### Fahrkostenzuschuss für Deutschland-Ticket als Jobticket

Herr Mäule führt in den Tagesordnungspunkt ein:

Die Stadtverwaltung Backnang zahlt ihren Beschäftigten aktuell einen Fahrkostenzuschuss für die Benutzung des ÖPNV in Höhe von 50 Prozent.

Zum 1. Mai 2023 soll ein neues Deutschlandticket bzw. 49-Euro-Ticket für die bundesweite Benutzung des ÖPNV eingeführt werden. Dieses Ticket resultiert aus dem 9-Euro-Ticket, das in den Sommermonaten 2022 aktionsweise angeboten wurde. Das 9-Euro-Ticket wurde auf Initiative der Bundesregierung zur Entlastung der Bürger aufgrund stark gestiegener Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität eingeführt.

Aufgrund des großen Erfolgs des 9-Euro-Tickets und der klimafreundlichen Wirkung durch die vermehrte Nutzung des ÖPNV soll das Deutschland-Ticket als dauerhaftes Zeitkartenangebot in Kooperation von Bund und Ländern als „Flatrate für den Regionalverkehr“ im Rahmen des dritten Entlastungspakets des Bundes eingeführt werden.

Die Stadtverwaltung Backnang sieht in der Einführung des Tickets ein starkes Argument vom Auto auf ein klimafreundliches Verkehrsmittel umzusteigen und unterstützt daher diese Maßnahme.

Das neue Deutschlandticket für den ÖPNV wird als Job-Abonnement so bezuschusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Eigenanteil von 9 Euro im Monat selber tragen.

Die Mehrkosten durch eine erhoffte Steigerung der Abonnements zur Benutzung des ÖPNV kompensieren sich durch Reduzierung der bisherigen Zuschüsse aufgrund des deutlich günstigeren Deutschlandtickets.

Stadträtin Lohrmann schlägt vor, die 49 € komplett zu übernehmen, da der Stadt durch

den Entfall der Steuer keine Mehrkosten entstehen. Sie fordert, einen Fahrtkostenzuschuss bei Autofahrern zurückzustellen, um mehr Anreiz für den ÖPNV zu bieten.

Herr Mäule ergänzt, dass das Jobrad mit 50 € pro Monat gefördert werde. Das Auto werde nicht bezuschusst, lediglich der Stellplatz werde zu vergünstigten Konditionen angeboten. 9 € Eigenanteil am Deutschlandticket sei vertretbar.

Stadträtin Dr. Ulfert schließt sich mit ihrer Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung an. Die realen Verhältnisse im ÖPNV veranlassen derzeit immer mehr Menschen dazu, wieder auf das Auto zurückzugreifen. Die Fraktion halte den Vorschlag für sehr ausgewogen.

Stadtrat Degler interessiert sich für die derzeitigen Kosten der Stadt am Jobticket.

Herr Ulver erklärt den Fahrtkostenzuschuss an seiner persönlichen Bahnmonatskarte.

Herr Mäule bestätigt, dass das Interesse am Deutschlandticket sehr hoch sei und für die Stadt daher eine Win-Win-Situation vorliege. Weniger Bürokratie durch die einfachere Umstellung auf das Deutschlandticket vereinfachen den ganzen Prozess. Die Kosten hingen von der Partizipation der Mitarbeiter ab.

Personalratsvorsitzende Caspari wirft ein, dass für Teilzeitbeschäftigte der ÖPNV eher unattraktiv sei, wenn Kinder aus der Betreuung pünktlich abgeholt werden müssen.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss

beschließt

einstimmig:

Das neue Deutschlandticket für den ÖPNV wird als Job-Abonnement so bezuschusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Eigenanteil von 9 Euro monatlich selber tragen.